

Ordentliche Bundesdelegiertenversammlung der Liberalen Senioren am 19.10.2019 in Würzburg

Antrag-Nr.: x

Betr.: Liefersicherheit für Arzneimittel gewährleisten – Rabattverträge überprüfen

Antragsteller: Bundesvorstand

1 Die Bundesdelegiertenversammlung der Liberalen Senioren möge beschließen:

2
3 In Deutschland häufen sich im Vergleich zu früheren Jahren Lieferengpässe bei Arzneimitteln, bei denen
4 entweder eine eingeschränkte Verfügbarkeit oder ein Lieferengpass mitgeteilt wurde. Dem Bundesinstitut
5 für Arzneimittel und Medizinprodukte wurden 2013 nur 40 Medikamente mit Lieferproblemen mitgeteilt,
6 2018 waren es 264, bis jetzt liegen bereits wieder 226 Meldungen vor. Betroffen sind davon auch
7 Standardartikel, wie z.B. Ibuprofen, ein häufig genutztes Schmerzmittel. Gründe für die Engpässe gibt es
8 viele. So werden die Grundwirkstoffe meist in China, Indien, Israel oder den USA hergestellt und von
9 deutschen Herstellern nur noch zu Tabletten gepresst und verpackt. Vor allem die Rabattverträge der
10 Krankenkassen tragen zu den Engpässen bei – zum einen, weil die Versicherten einer Krankenkasse nur
11 die Produkte ausgewählter Arzneimittelhersteller erhalten, zum anderen, weil Qualitätsmängel bei den
12 Herstellern der Grundprodukte zu Lieferengpässen oder –ausfällen führen. Um Kosten zu sparen, werden
13 immer neue Rabattverträge mit immer geringeren Kosten für die Arzneimittel abgeschlossen. Das führt zu
14 regelmäßigem Ärger, vor allem der älteren Patienten, weil zwar der Wirkstoff gleich ist, aber die
15 Zusammensetzung anderer Komponenten nicht mehr dem gewohnten und häufig über viele Jahre
16 eingenommenen Produkt entspricht.
17

18 **Wir Liberale Senioren fordern:**

- 19
- 20 - Die Sicherstellung der Lieferfähigkeit und die Grundversorgung der Patienten mit in Deutschland
 - 21 oder in Europa hergestellten Medikamenten muss ein Auftrag der Krankenkassen sein.
 - 22 - Die Rabattverträge der Krankenkassen sind dahingehend zu überprüfen, dass mindestens einer
 - 23 der Anbieter den Nachweis erbringt, dass er seine Produktionsstätten in einem Mitgliedsstaat der
 - 24 EU führt.
 - 25 - Einführung einer Arzneimittelreserve, um Lieferengpässen wirkungsvoll begegnen zu können.
 - 26 - Abschaffung der Importförderklausel für Medikamente. Die erzielten Spareffekte stehen in keinem
 - 27 Verhältnis zum bürokratischen Aufwand.
- 28

29 Begründung:

30
31 Erfolgt mündlich

32
33 angenommen

abgelehnt

zurückgezogen

erledigt durch:

34 überwiesen an:

Abstimmung:

Ja

Nein

Enthaltung

ungültig